



02.07.2016 03:30 | Uwe Grünheid

Abwahl Urhahns: Dreierbündnis will nicht warten

Mörfelden-Walldorf

Die CDU will den Antrag auf Abwahl von Erstem Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn wegen dessen Rehabilitation nach seinem Herzinfarkt auf Oktober verschieben. Menschlich sei das nachvollziehbar, politisch aber nicht vorteilhaft, so sehen es SPD, FDP und Freie Wähler und hoffen auf ein Umdenken bei der CDU.



Die CDU hat gemeinsam mit Mitgliedern der Fraktionen von SPD, Freien Wählern und FDP die Abwahl des Ersten Stadtrats Franz-Rudolf Urhahn beantragt. (Archivbild)

Die CDU der Doppelstadt hatte gemeinsam mit Mitgliedern der Fraktionen von SPD, Freien Wählern (FW) und FDP die Abwahl des Ersten Stadtrats Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) beantragt. Dieser Antrag sollte ursprünglich in der Sitzung des Stadtparlaments Anfang Juni erstmals zur Abstimmung kommen. Doch kurz vor Sitzungsbeginn erlitt Urhahn während einer Kundgebung gegen das Abhängen von Bannern gegen den Flughafenausbau und für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einen Herzinfarkt, sodass diese Sitzung des Stadtparlaments komplett abgesagt wurde.

Die gesamte Tagesordnung dieser Sitzung wurde auf die Sitzung am Dienstag, 12. Juli, verschoben – einschließlich des Antrags zur Abwahl des Ersten Stadtrats. Doch bei den Christdemokraten stellten sich hinsichtlich des Termins Bedenken ein.

Politischen Stil wahren

Sie sehen zwar weiterhin die politische Notwendigkeit, dass Urhahn vom Amt des Ersten Stadtrats abberufen wird. Doch vor dem Hintergrund, dass sich Urhahn zu diesem Zeitpunkt noch in der Reha befindet, halten sie „die Beratung des Antrags nicht dem politischen Stil entsprechend, den wir als örtliche Christdemokraten für richtig halten“, so CDU-Vorsitzender Karsten Groß. Daher schlug die CDU vor, die Beratung des Abwahantrags auf den Oktober zu verschieben (wir berichteten).

Vom menschlichen Standpunkt aus sei diese Haltung durchaus zu verstehen, erklärten übereinstimmend die Fraktionsvorsitzenden von SPD, FW und FDP, Alexander Best, Burkhard Ziegler und Karsten Röcken. Und Best fügte hinzu, dass sicherlich mancher so denken werde: „Der Mann ist krank, den kann man nicht abwählen.“

Doch hier gehe es nicht um personale Begehrlichkeiten, fuhr Best fort, sondern um die Handlungsfähigkeit des Magistrats. Die aktuelle Situation belege, dass der Bürgermeister angesichts der Arbeitsbelastung nicht auf einen Ersten Stadtrat verzichten könne, sagte der Sozialdemokrat. Außerdem sei er kein Freund einer Verschiebung bis Oktober, weil bereits nach der Sommerpause die Beratungen für den Haushalt 2017, für den Urhahn als Kämmerer zuständig sei, beginnen sollen.

Er wisse, so Best, dass eine Abberufung Urhahns ohne die CDU nicht möglich sei, immerhin werde dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigt, doch die Konsequenzen, dass politische Arbeit liegen bleibt, gingen zulasten der CDU. Daher werde noch ein Gespräch mit den Christdemokraten angestrebt, um diese umzustimmen.

Burkhard Ziegler hatte allerdings nach einem Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Jan Körner, den Eindruck, dass deren Entscheidung, die Abwahl zu verschieben, endgültig sei. Obwohl deren Entscheidung auf Verschiebung menschlich nachvollziehbar sei, habe sich politisch nicht wirklich etwas

verändert, betonte der Freie Wähler. „Die Abwahl aufzuschieben bringt uns in der Sachpolitik nicht voran, denn die Geschäfte laufen weiter“, so Ziegler.

Asymmetrie der Wahlen

Karsten Röcken sieht das Ganze recht nüchtern. Die Abläufe seien wegen des gesundheitlichen Aspekts durcheinandergeraten. „Es ist der Antrag der CDU, und wenn die nicht mitmachen, müssen wir das hinnehmen“, sagte der Liberale. Auch er hofft, dass sich die CDU in Gesprächen noch umstimmen lässt.

Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) hatte zuvor in einem Gespräch gesagt, er habe mit Franz-Rudolf Urhahn telefoniert, und dieser habe ihm gegenüber erklärt, dass er keine Probleme damit habe, wenn der Abwahantrag in der Juli-Sitzung beraten werde. In diesem Sinne sagte Alexander Best: „Franz-Rudolf Urhahn ist kein Realitätsverweigerer.“

Und was sagen die Grünen dazu? „Wir sagen gar nichts dazu“, sagte Fraktionsvorsitzende Andrea Winkler. Das sei letztendlich eine Entscheidung der CDU und der Unterstützer des Abwahantrags. Ursache für dieses Dilemma sei die Asymmetrie der Wahlperioden von Parlamenten, Bürgermeistern, Ersten Stadträten und auch Landräten, die dazu führten, dass es immer wieder zu derartigen Abwahanträgen komme, erläuterte die Grüne. Dabei wäre es etwas ganz Einfaches, diese Zeiten anzupassen, denn schließlich sei dies auch eine Kostenfrage.

[Testen Sie jetzt [hier](#) das digitale Abo 4 Wochen lang für nur 5,90 €.]

 Zurück zu Kreise Offenbach/Groß Gerau

Kommentare

zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden

Ein neues Posting hinzufügen

Titel

Text

Sie dürfen noch 1000 Zeichen schreiben.

Anmelden

Registrieren

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingelogged sein!
Sollten Sie noch keinen Account haben, registrieren Sie sich bitte.

Benutzername

Passwort

einloggen und antworten

> WEITERE ARTIKEL AUS KREISE OFFENBACH/GROSS GERAU



Rüsselsheim

Bilder weisen in der Fremde den Weg



Kelsterbach

Aufruhr im heimischen Garten



Kelsterbach

Sie sammelt echte Hingucker



Kreis Groß-Gerau

Mit flotten Rädern sicher unterwegs



Langen

Früh übt sich, wer sportlich bleiben will

RUBRIKENÜBERSICHT



Wirtschaft



Kultur



Politik



Vermischtes

Impressum

